



29. GdP-DELEGIERTENTAG IN BAD BRAMSTEDT

Oliver Malchow bleibt GdP-Landeschef

Bad Bramstedt/tg – Die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Schleswig-Holstein setzen weiter auf Oliver Malchow als Landesvorsitzenden. Beim 29. Delegiertentag in Bad Bramstedt wurde der 46-Jährige mit einem herausragenden Ergebnis bedacht. Malchow konnte die Stimmen aller 74 Delegierten aus Schleswig-Holstein auf sich vereinigen.

Seit 1997 steht der Ostholsteiner an der Spitze der über 5000 Mitglieder starken Berufsvertretung der Polizei und trat bereits zum vierten Mal als Kandidat zum Landesvorsitz an. „Für diesen Vertrauensbeweis in schwierigen Zeiten bin ich besonders dankbar“, freute sich der Kriminaloberrat und Chef der Kriminalpolizei in Ostholstein unmittelbar nach seiner Wiederwahl. Die Schwerpunkte seiner Arbeit sieht Oliver Malchow in einer gerechten Bewertung der Polizei und des Justizvollzuges sowie in einer gezielten Aktion gegen Gewalt, insbesondere gegen Polizeibeamte. Zudem werde die GdP ihre Bemühungen weiter intensivieren, um den erheblich ansteigenden Belastungen im Polizeidienst entgegenzutreten, erklärte Malchow. „Die täglichen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen als Folge massiver Arbeitsverdichtung und erhöhter Anforderungen bei der Ermittlungsarbeit sind schon lange nicht mehr hinnehmbar“, so der wiedergewählte GdP-Landesvorsitzende. Zu Stellvertretern Malchows wurden Manfred Börner (51/Ratzeburg) und Andreas Kropius (43/Breitenburg) gewählt. Kropius übernahm das Amt von Sylvio Arnoldi, der für eine Wiederwahl zum Stellvertretenden Landesvorsitzenden nicht zur Verfügung gestanden hatte und künftig als Persönlicher Referent von Innenminister Klaus Schlie tätig ist. Den Posten des Kassierers hat nun Michael Koettlitz (51/Kiel) inne, den des Stellvertretenden Kassierers Uwe Weßler (54/Kiel). Torsten Jäger (45/Neumünster) wurde zum Schriftführer gewählt und Kristin Stielow (33/Husum) zu seiner Stellvertreterin.



Oliver Malchow hatte allen Grund zum Lachen. Der Landesvorsitzende freute sich über seine einstimmige Wiederwahl.

Einen umfangreichen Austausch des Personals gab es beim Landeskontrollausschuss (LKA). Dieser wird in den kommenden vier Jahren von Friedrich Hauska, Thomas Mertin, Martina Meller, Sönke Behrmann, Jörg Rieckhof und Frank Lassen gebildet. Bei der konstitu-

ierenden Sitzung sprach sich das Gremium für den 50-jährigen Lassen als Vorsitzenden aus. Zu seiner Stellvertreterin wurde Martina Meller gewählt.

Neben der Wahl des Geschäftsführenden Landesvorstandes und des LKA hatten die Delegierten eine Vielzahl von Tagesordnungspunkten „abzuarbeiten“. Dazu gehörten insgesamt 27 Anträge, über die zu befinden war. Dabei hatte das aus Matthias Pusch, Horst Winter und Rolf Meyer bestehende „Triumvirat“ der Versammlungsleitung die Versammlung jederzeit im Griff und garantierte so einen störungsfreien Verlauf des Delegiertentages.

So stützten die Delegierten beispielsweise den Antrag, die Einzeldiensthundertschaften Nordlicht 1–5 unverzüglich komplett mit Vollschutz-Sets auszustatten. Dies galt ebenso für die GdP-Forderung um eine organisatorische Einrichtung einer stehenden 2. Einsatzhundertschaft, die nicht aus dem aktuellen Personalkörper rekrutiert wird, sondern Personalszuwächse in der Landespolizei erfordert und mit der notwendigen Ausrüs-

Fortsetzung auf Seite 2



Der neugewählte Geschäftsführende Landesvorstand (v. l.): Oliver Malchow, Michael Koettlitz, Kristin Stielow, Uwe Weßler, Andreas Kropius, Torsten Jäger und Manfred Börner.

Fotos (2): Thomas Gründemann



29. GdP-DELEGIERTENTAG IN BAD BRAMSTEDT

Fortsetzung von Seite 1

nung bis hin zu geeigneten Gruppenfahrzeugen ausgestattet wird.

Und auch der Antrag der Landesfrauengruppe, dass sich die Landes-GdP für eine Dienstvereinbarung zur Förderung familienfreundlicher Arbeitszeiten für Beschäftigte der Landespolizei Schleswig-Holstein mit familiären Verpflichtungen einsetzen sollte, fand die Zustimmung der Delegierten. Genauso wie der Antrag der Tarifkommission, wonach alle erfolgreichen Absolventen des Qualifizierungslehrganges zwei entsprechende Stellen in der Landespolizei nachgewiesen bekommen sollten. Ihre Hand hoben die Delegierten auch für den Antrag, dass die Besoldungsstufe A 9 Z ruhege-

haltsfähig an alle Beschäftigten A 9 m. D. zu vergeben und gleichzeitig eine Anpassung der Stellenplanobergrenzen im ge-

- Bei Teilzeitbeschäftigung analoge Anwendung der Regelung wie bei den Tarifbeschäftigten



Sie bilden künftig den Landeskontrollausschuss (v. l.): Friedrich Hauska, Thomas Mertin, Martina Meller, Sönke Behrmann, Jörg Rieckhof und Frank Lassen.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 2/2010:
Montag, 11. Januar 2010



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Anzeigen-Repräsentant:
Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (0 40) 40 94 34

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

hobenen Polizeivollzugsdienst vorzunehmen ist. Ferner beschloss der Delegiertentag, dass eine grundlegende Reform der Erschwerniszulagenverordnung in Schleswig-Holstein anzustreben ist, die den tatsächlichen Erschwernissen im Polizei- und Justizvollzugsdienst entspricht und dabei folgende Gegebenheiten zu berücksichtigen hat:

- Volle Gewährung der Schicht- und Wechselschichtzulage auch für Empfänger der Polizei- und Justizvollzugszulage

- Flexiblen Dienstformen muss Rechnung getragen werden
- Erkennbare Erhöhung der Zulage bei Dienst zu ungünstigen Zeiten auf pauschal 5,00 Euro pro Stunde
- Anerkennung von Anschlusszeiten bei notwendiger Verlängerung beispielsweise des Nachtdienstes
- Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten der Einsatzhundertschaft
- Einführung einer festen Zulage von 300 Euro für Beamtinnen und Beamte des Zivilen Streifenkommandos sowie die



Viel zu tun hatten die Delegierten bei einer Vielzahl von Wahlen und Abstimmungen.

Fotos (2): Thomas Gründemann



29. GdP-DELEGIERTENTAG IN BAD BRAMSTEDT



Matthias Pusch (Mitte), Horst Winter (li.) und Rolf Meyer erwiesen sich als souveräne Versammlungsleitung.

Übertragung der Bestimmungen des Bundes bei Gewährung von Zusatzurlaub bei Schicht-, Wechselschicht- und Nachtdienst. **Thomas Gründemann**

Anm. d. R.: Weitere Anträge des Delegiertentages werden in den kommenden Ausgaben des DP-Landesjournals vorgestellt.



Willi Bruelheide, Ehrenmitglied und mit 88 Jahren ältester Teilnehmer des Delegiertentages, verfolgte interessiert die Geschehnisse. **Fotos: Thomas Gründemann**

29. DELEGIERTENTAG

Innenminister Schlie: „Biete der GdP meine Zusammenarbeit an!“

Bad Bramstedt – Beim Delegiertentag konnte der wiedergewählte GdP-Landesvorsitzende neben dem Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg zahlreiche politische Ehrengäste begrüßen. An der Spitze standen dabei für die Landesregierung als Grußredner Innenminister Klaus Schlie und Justizminister Emil Schmalfuß. Zu einer Podiumsdiskussion hatten sich neben dem CDU-Landtagsabgeordneten Werner Kalinka auch die Fraktionsvorsitzenden von SPD und FDP, Dr. Ralf Stegner und Wolfgang Kubicki, sowie von Bündnis 90/Die Grünen Thorsten Fürtter und vom SSW Flemming Meyer eingefunden.

Einen breiten Raum nahm zuvor die „Antrittsrede“ von Innenminister Klaus Schlie ein. Die Angehörigen der Landespolizei Schleswig-Holstein seien ein wertvoller, unverzichtbarer Garant für die Wahrung der Inneren Sicherheit im Lande – eine Sicherheit, die gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten und damit verbundenen zum Teil schwierigen

Lebensperspektiven vieler Menschen einen immer größeren Stellenwert in unserer Gesellschaft einnehmen, sagte Klaus Schlie. „Die seit Jahren steigende Entwicklung der so genannten geschlossenen Einsätze in Bund und Ländern bereiten mir große Sorgen! „Wir werden jedoch unter keinen Umständen verletzte Polizistinnen und Polizisten in Kauf nehmen, frei nach dem „ungeheuerlichen“ Motto: **Das ist halt ihr Job!**“, unterstrich der Innenminister. Der Strafanspruch des Staates und die Verfolgung der Gewalttäter werde auch mit aller Konsequenz durchgesetzt, wenn Polizistinnen und Polizisten im Zuge ihrer rechtsstaatlichen Aufgabenerfüllung zur Zielscheibe von Gewalt werden. „Hier stehen wir unseren Polizistinnen und Polizisten zur Seite“, hob der Nachfolger von Lothar Hay hervor. Daher werde mit dem politischen Partner geprüft, wie die aktuelle Initiative der Bundes-GdP zur Schaffung einer eigenen Strafvorschrift für Angriffe gegen Polizeibeamte und -beamtinnen auf

Bundesebene unterstützt werden könne. Darüber hinaus kündigte der Minister eine Beteiligung Schleswig-Holsteins an der neuen Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen an. „Wir erhoffen uns aus der Auswertung dieser Studie wichtige Erkenntnisse für das Einsatztraining, die weitere Notwendigkeit einer modernen professionellen Ausrüstung und letztlich auch die umfassende Nachsorge der betroffenen Beamtinnen und Beamten“, so der 54-Jährige.

Ferner zeigte sich der neue Innenminister „sehr erfreut“, dass auch die GdP den „Koalitionsvertrag der Lage der Polizei als angemessen“ bewertet habe. „Das zeigt mir, dass wir in der Einschätzung, was für die Polizei richtig und wichtig ist, nicht weit auseinanderliegen“, meinte Schlie. Daher habe er in einem ersten Schritt die seit Anfang des Jahres ausgesetzten Ausschreibungen in zahl-

Fortsetzung auf Seite 4



29. DELEGIERTENTAG*Fortsetzung von Seite 3*

reichen Schlüsselpositionen der Polizeiführung wieder in Gang gesetzt. „Das lange Aussetzen dieser Ausschreibungen hat nach meinem Eindruck zu einer großen Verunsicherung im höheren Dienst der Landespolizei geführt. Eine verunsicherte Polizeiführung ist allerdings eine denkbar schlechte Grundlage für die Lösung der anstehenden Problemfelder in der Landespolizei“, konstatierte er. Ganz oben auf der Agenda stehe die Frage nach der Auftragslage der Polizei. „Die personelle Decke der Landespolizei und unsere finanziellen Gestaltungsspielräume sind endlich, frisches Geld für neue zusätzliche Stellen wird es leider nicht geben! Das gehört zu einer ehrlichen Lagebeschreibung dazu“, erklärte Schlie. Daher werde der klare politische Rahmen für die Antwort auf die Frage gesetzt, welche Aufgaben die Polizei mit welcher Intensität noch durchführen könne und müsse. Was Belastungen am Limit für die Menschen bedeute, habe er bei meinem Besuch der Leitstelle in Harrislee deutlich wahrgenommen und deshalb sofort Prüfaufträge veranlasst. Zukünftig müsse die Politik den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes erklären, warum polizeilich Wünschenswertes nicht immer möglich ist. „Wir müssen mehr Luft für die ureigensten Aufgaben der Polizei bekommen: Konsequente Strafverfolgung und konkrete Gefahrenabwehr“, meinte er. Alle Maßnahmen dienten dabei zunächst dem Ziel, den notwendigen Personalbedarf an anderer Stelle des operativen Dienstes zu schließen und dadurch zu hohe Belastungen der Beschäftigten zu minimieren. „Diese neue politische Intention gilt im Übrigen auch für das ursprünglich vorgesehene Einsparpotenzial von 150 Stellen aus der letzten Legislaturperiode“, sagte der CDU-Politiker.

Gleichzeitig machte der Innenminister deutlich, dass es einen Ausstieg aus der Präventionsarbeit der Polizei – insbesondere bei Kindern und Jugendlichen – nicht geben würde. Der Jugendkriminalität und der zunehmenden Bereitschaft zur Gewalt bei Jugendlichen müsse begegnet werden. Durch die Bündelung aller Kräfte und der Vernetzung verantwortlicher Stellen wie Schule, Polizei und Sozialarbeit solle eine gemeinsame Jugend-Task-Force ins Leben gerufen werden. Darüber hinaus stellte Klaus Schlie heraus, dass er für eine in der Fläche präsente Polizei stehe. Einem groß angelegten Abbau polizeilicher Dienststellen – insbesondere im ländlichen Raum – erteilte er im gleichen Atemzug eine klare

Absage. Punktuelle Veränderungen der Dienststellenlandschaft seien indes in einer Region dann möglich, wenn die Innere Sicherheit dadurch noch optimiert werden könne. „Das Erfordernis eines grundsätzlichen Reformbedarfes in der Struktur dieser Landespolizei gibt es ge-

**Innenminister Klaus Schlie**

genwärtig aber nicht“, machte Schlie unmissverständlich klar. Innerhalb der Polizei müsse die Frage geklärt werden, an welcher Stelle der Einsatz von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zukünftig noch sinnvoll und angezeigt sei. Vollzugsfremde Aufgaben, beispielsweise reine Verwaltungsarbeit oder technikorientierte Tätigkeiten, gehörten weitgehend nicht in die Hände von Polizeivollzugskräften. „Diese benötigen wir dringend für die originären Aufgabenfelder der Landespolizei. Zudem schaffen diese Arbeitsfelder Perspektiven für den Beschäftigtenbereich und der Beamtenschaft der allgemeinen Dienste“, so die Haltung Schlies. Zudem werde er persönlich dafür sorgen, dass der Polizeidienst auch in Zukunft attraktiv für qualifizierten Nachwuchs bleibe und langfristig, nachhaltig wirkende Strukturplanungen erarbeitet würden. „Dass wir dies ernst meinen, zeigen die wiederum fast 600 geplanten Beförderungen zum Januar“. In diesem Zusammenhang bedauerte der Innenminister, dass durch das Aussetzen der Ausschreibungen der genannte Beförderungstermin für den höheren Dienst nicht gehalten haben werden könne. Er habe allerdings die Polizeiabteilung angewiesen, einen alternativen Beförderungstermin für den höheren Dienst vorzubereiten. Diese Vorberei-

tung beziehe ausdrücklich die von der GdP geforderte Verlässlichkeit im ersten Beförderungsamte des höheren Dienstes ein. Der Begriff der „aufgabengerechten Entlohnung“ im Koalitionsvertrag beinhalte aber noch mehr. Immer wieder bekomme er zu erfahren, dass Polizistinnen und Polizisten ihre Arbeit auf den Revieren und Ermittlungsstellen – also die Arbeit vor Ort – aufgeben würden, um insbesondere in den zugeordneten Ämtern LPA und LKA lukrativere Stellen zu erhalten. „Daher halte ich eine Überprüfung jeglicher Bewertungssysteme und ihrer Parameter für die polizeiliche Arbeit für angezeigt. Dies gilt ebenso für das Zulagenwesen und seinen Abrechnungsmodalitäten“, so Schlie. Die GdP habe ihm in einem Gespräch auf polizeiinterne Schwierigkeiten im Umgang mit der Erschwerniszulagenverordnung aufmerksam gemacht. Durch die Föderalismuskommission könne es auch in dieser Thematik zukünftig länderspezifische Regelungen geben. „Wir haben uns bereits die ersten Regelungen einzelner Länder und des Bundes zukommen lassen und werden diese umfassend prüfen“, versprach er und sicherte weitere Gespräche zu dieser Thematik zu.

Die Beschäftigten der Landespolizei hätten ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung bereits erbracht. Aus diesem Grund dürfe er trotz bekannter schwieriger Haushaltslage das „Heft des Gestaltens“ nicht aus der Hand geben. Dies gelingt uns aber nur gemeinsam. Als Innenminister biete ich ihnen meine Zusammenarbeit an“, so der Innenminister an Oliver Malchow persönlich gerichtet.

Und auch der neue Justizminister gab während des Delegiertentages mit einem Grußwort seine persönliche Visitenkarte bei der GdP ab. „Die Bediensteten im Justizvollzug sorgen dafür, dass nicht nur die Ordnung in den Justizvollzugsanstalten eingehalten wird, sondern dass Gefangene während der Haft keine Straftaten begehen können. Damit wird dem Schutz der Bevölkerung in besonderem Maße Rechnung getragen“, sagte der 63-Jährige. Der Wert der täglichen Arbeit im Justizvollzug könne nicht hoch genug geschätzt werden. Wer im Justizvollzug tätig sei, müsse sich mit vielen unterschiedlichen Problemen und Defiziten gefangener Menschen auseinandersetzen, so neben familiären Aspekten auch mit Suchterkrankungen sowie Gewalt- und Verschuldungsproblematiken. „Die Regionalgruppe Justiz der Gewerkschaft der Polizei leistet in diesem Zusammenhang eine hervorragende Arbeit“, lobte



29. DELEGIERTENTAG

der Justizminister. „Die Kommunikation zwischen GdP und dem Justizministerium ist von gegenseitigem Respekt und dem gemeinsamen Wunsch bestimmt, dienstliche Notwendigkeiten mit den Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbinden“, sagte Schmalfuß,



Justizminister Emil Schmalfuß

Fotos (2): Thomas Gründemann

der zuletzt als Landgerichtspräsident tätig war.

Unter der Leitung von Manfred Börner diskutierten nach den Grußworten der Ministeriumsvertreter Politiker der Landtagsfraktionen kontrovers.

Es sagten:

Kalinka (CDU):

- Mit dem Verzicht auf Reformkommissionen kann man auch Personal einsparen.
- Die mögliche Einrichtung einer 2. Einsatzhundertschaft ist ein Thema, mit dem wir uns beschäftigen müssen.
- Der Frust der Polizistinnen und Polizisten ist auch in der gegenwärtigen Beförderungssituation begründet. Hier müssen vernünftige Perspektiven geschaffen werden.
- Die Gewaltentwicklung gegen Polizeibeamtinnen und -beamte ist schlimm. Wir müssen Wege finden, um Gewalt zu begegnen. Ich werde dies im Innen- und Rechtsausschuss thematisieren.

Stegner (SPD):

- Neben der Wertschätzung der Politik für die Polizei müssen nun auch Taten folgen.
- Die Polizei braucht eine Politik, die sich hinter sie stellt, wenn es darauf ankommt.

- Der Polizei muss die Wahrheit gesagt werden.
- Die notwendigen finanziellen Ressourcen für den schwierigen, gefährlichen und anstrengenden Dienst der Polizei müssen zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören auch vernünftige Aufstiegsperspektiven.
- Die Polizistinnen und Polizisten haben bei Gewaltanwendung gegen sich eine unbürokratische Unterstützung verdient. Allerdings brauchen wir keine anderen Gesetze.
- Viele von uns wissen gar nicht, was Polizisten leisten.

Meyer (SSW):

- Bei den Erfahrungen mit übertriebenen Polizei-Reformen lohnt sich ein Blick nach Dänemark. Dort hatte die letzte Reform mit einem Rückzug der Polizei aus dem ländlichen Raum verheerende Folgen, nämlich eine erhebliche Steigerung der Kriminalitätsrate. Dort leben nun vor allem alte Menschen in Angst und verzeichnen damit einen Verlust an Lebensqualität.
- Wir werden Vorschläge für eine aufgabengerechte Bezahlung mittragen.
- Ich bin entsetzt über die Gewaltentwicklung gegenüber Polizistinnen und Polizisten. Der SSW wird alles mittragen, was gemacht werden kann, um dieser Tendenz zu begegnen.

Kubicki (FDP):

- Ich denke bei der Polizei oft: „Arme Schweine“. Viel Stress und Belastungen im Job und der Familie, wenig Fürsorge.
- Wir werden die GdP bei der Frage um eine „aufgabengerechte Bezahlung“ beteiligen.
- Vor dem Hintergrund der Gewaltzunahme auch gegenüber der Polizei sind die gegenwärtigen dienstlichen Rechtsschutzbedingungen sind zu überarbeiten und ggf. zu erweitern. Das gehört zur Fürsorge dazu. Härtere Strafen sind nicht zielführend.

Thorsten Fürter (B90/Die Grünen):

- Personalverringerungen bei der Justiz und der Polizei, das geht nicht.
- Das Polizeiorchester ist nicht mehr zu halten.
- Wir stehen für eine aufgabengerechte Bezahlung bei der Polizei, haben jedoch am starren Denken in Hierarchien unsere Zweifel. Arbeit und Leistung sind entscheidend.
- Bei den Forderungen nach härteren Strafen für Gewaltdelikte besonders gegen Polizistinnen und Polizisten werden wir nicht mitgehen. Damit wird den Betroffenen nur Sand in die Augen gestreut.

GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Peter Venzky, RG Kiel-Plön

zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Frank Fehmel, Mario Lill, Andreas Pomper, RG Justizvollzug

zur Vermählung

Jörn Lassen und Ehefrau Daniela geb. Kattau, RG AFB; Andreas Gohrt und Ehefrau, RG Lauenburg-Stormarn; Michael Mützelburg und Ehefrau, Torsten Stave und Ehefrau, RG Segeberg; Dennis Siefert und Ehefrau, RG Justizvollzug.

In den Ruhestand traten

Wolfgang Nickel, RG Schleswig-Holstein Mitte; Klaus Hartmann, RG Segeberg; Fred Stöcks, RG Justizvollzug

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.

RG-TERMINE

Es wird herzlich eingeladen!

Schleswig-Holstein Mitte

Skat, Kniffel, Doko am **Freitag, 29. Januar 2010, 19.00 Uhr**, Polizeikantine Alemannenstraße 14, 24539 Neumünster. Gäste sind herzlich willkommen.

Startgeld: 6,00 €

Anmeldungen bitte bis zum 22. Januar 2010 bei Lisa Grützmann (0 43 21/ 2 25 16), Wulf Bruelheide (dienstl.: 0 43 21/9 45 31 10), Eckhard Stachg (dienstl.: 0 43 21/7 07 99 46) oder Carsten Gross (dienstl.: 0 43 21/9 45 25 20).



Gelunge Adventsfeier

Kiel – Traditionell fand im „Clubhaus Tannenbergr“ der alljährliche vorweihnachtliche Nachmittag bei Kaffee und Torte statt, zu dem der Kieler Seniorenvorsitzende Wolfgang Meier im festlich geschmückten Saal mehr als 80 GdP-Kolleginnen und -Kollegen und als Gast wieder den Ehrenvorsitzenden der Landes-seniorengruppe Willi Bruelheide begrüßte. Erstmals begrüßte er auch den „jungen“, in diesem Jahr zum Landesseniorenvorsitzenden gewählten Kollegen Frank Poster und unseren Landes-Geschäftsführer „Kalle“ Rehr. Leider musste er auch mitteilen, dass der langjährige Landesseniorenvorsitzende und Postervorgänger Alfred Stange aus gesundheitlichen Gründen an dieser Veranstaltung nicht teilnehmen konnte. Ebenfalls aus selbigem Grund hatte unser Kollege Jürgen Tabbert, der u. a. auch für seine 60-jährige GdP-Mitgliedschaft geehrt werden sollte, ganz kurzfristig absagen müssen. Meier wünschte im Namen der Versammlung den erkrankten Kollegen beste Genesung! Die anwesenden quitierten dies mit bestärkendem Applaus.

Frank Poster und Kalle Rehr machten informativ Ausführungen zu Senioren berührende Themen. Bei Kaffee und Kuchen saßen in vorweihnachtlicher Stimmung alte und ältere, aber auch jüngere Kollegen und Kolleginnen ein paar gemütliche Stunden beim Klönschnack zusammen. Ohne die Ehrung „altverdienter Kolleginnen und Kollegen“ wäre dieser schöne Nachmittag unvollständig gewesen. So wurden für 60-jährige GdP-Treue Alfons Göpfert, Harald Kimmel und Harald Reusch geehrt. Auf eine ein halbes Jahrhundert währende Gewerkschaftsmitgliedschaft blickten Manfred Burg, Manfred Mohr und Hans-Jürgen Steffen zurück. Auszeichnungen für eine 40-jährige GdP-Zugehörigkeit erhielten



Die Geehrten stellten sich zum Gruppenbild. Links: Frank Poster.

Keine neuen Anträge notwendig

KIEL. In jedem Dezember fällt es wieder auf: Das so genannte Weihnachtsgeld kommt nicht oder stark gekürzt. Das Land hatte zuvor diesen Besoldungsteil gestrichen bzw. erheblich gekürzt. 2007 hatte der GdP-Landesvorstand als Reaktion dazu aufgerufen, seine Ansprüche gegenüber dem damaligen Landesbesoldungsamt, dem heutigen Finanzverwaltungsamt, geltend zu machen. Da sich die Anträge immer nur auf ein Haushaltsjahr beziehen, wären in jedem Dezember erneute Anträge notwendig. Um die Arbeit des Finanzverwaltungsamtes einzuschränken, verfügte im letzten Dezember das Finanzministerium, dass 2007 gestellte Ansprüche nicht wiederholt werden müssen.

Für das Jahr 2009 lag ein solcher Erlass jedoch nicht vor. Grund für den GdP-Landesvorstand, bei Finanzminister Wiegand erneut nachzufassen. Am 13. November wurde der CDU-Politiker angeschrieben und zum weiteren Vorgehen befragt: Gibt es einen Erlass auch für das Jahr 2009, oder sollen wir unsere Mitglieder zu erneuten Anträgen auffordern?

Staatssekretär Dr. Bastian antwortete schon in der darauf folgenden Woche: Es bleibt auch in 2009 bei der für das Jahr 2008 gefundenen Regelung. Wer einmal einen Antrag gestellt hat, braucht ihn nicht zu wiederholen.

Gleichzeitig wies der Staatssekretär auf den jetzigen Verfahrensstand hin. Danach hat das Verwaltungsgericht Schleswig die dort anhängigen Verfahren zwischenzeitlich ruhend gestellt, um zunächst die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu einem Vorlagenbeschluss des Verwaltungsgerichtes Braunschweig abzuwarten. Das Verwaltungsgericht Braunschweig hatte nämlich seinerseits die Gesamtalimentierung eines niedersächsischen Beamten als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, weil nicht ausreichend angesehen und das Bundesverfassungsgericht durch Vorlagenbeschluss angerufen. Ein Termin für das Verfassungsgerichtsverfahren liegt allerdings noch nicht vor.

Was jetzt zu tun ist

Wer 2007, 2008 und 2009 keinen Antrag auf eine Neufestsetzung der Alimentation gestellt hat, sollte dies auf jeden Fall noch tun. Üblicherweise gilt eine Drei-Jahres-Frist nach dem BGB. Hingewiesen werden muss allerdings auch darauf, dass in Sonderfällen, wie z. B. bei der Alimentation kinderreicher Beamte, eine zeitnahe Geltendmachung Platz greifen kann. Hier muss der Antrag jeweils im Haushaltsjahr vorliegen. Auf jeden Fall sollten diejenigen Beamtinnen und Beamten, die erstmals einen Anspruch auf volle Sonderzuwendung hätten, ihre Ansprüche gegenüber dem Finanzverwaltungsamt geltend machen. Ausgenommen davon sind Anwärterinnen und Anwärter, die im Dezember 2009 erstmals wieder eine Sonderzuwendung erhielten.

Es bleibt nachzutragen, dass der Landesbezirk Schleswig-Holstein mit seinem Rechtsschutz zwei Musterverfahren gegen die Kürzung der Alimentation führt. Das Finanzministerium glaubt nach wie vor, dass es diesen Rechtstreit gewinnen werde. Sollte das Verfahren allerdings aus Sicht des Landes verlorengehen, so werden alle Antragsberechtigten im Zuge der Gleichbehandlung eine Nachzahlung erhalten.

Waltraut Großmann, Peter Fydrich und Burkhard Tornow sowie Martin Lange für 25-jährige Mitgliedschaft.

Für ihre langjährigen Gewerkschaftsverbundenheit erhielten die Geehrten

aus den Händen von Wolfgang Meier, seinem Stellvertreter Harald Haase und Robert Ende, Geschäftsführer der Regionalgruppe Kiel-Plön, die goldenen GdP-Nadel und ein Präsent.



Reisetermin 02. bis 09. bzw. 16.05.2010

WOHNBEISPIEL

HAFEN VON RETHYMNO

Kreta – HOTEL PORTO RETHYMNO ★★★★★

8-tägige Standortreise für die GdP-Seniorengruppen Schleswig-Holstein und Niedersachsen / Reisetermin: 02. bis 09. bzw. 16.05.2010

Direkt am Sand-Kiesstrand und an der Promenade gelegen. Die Altstadt von Rethymno ist bequem zu Fuß erreichbar (ca. 1,5 km entfernt). Das **HOTEL PORTO RETHYMNO** mit 200 Zimmern bietet Ihnen eine Lobby mit Rezeption, Lobbybar, Internetcke (gegen Gebühr), WLAN Verbindung im kompletten Hotel (Internet gegen Gebühr) Sat-TV Ecke, klimatisiertes Restaurant (Nichtraucherbereich) mit Terrasse und 1 A-lacarte-Restaurant. Hallenbad (April und Oktober beheizt). Im Innenhof und auf der erhöhten Sonnenterrasse befindet sich jeweils ein Süßwasserpool. Liegen, Schirme und Badetücher (gegen Kautions) an den Pools und am Strand inklusive. **Griech. Kat. A. Zimmer:** Komfortabel eingerichtet, mit Klimaanlage, Heizung (Vor/ Nachsaison), Minibar (auf Anfrage und gegen Gebühr), Kaffee-/Teezubereiter, Safe, Telefon, Sat-TV, Mini Hi-Fi Anlage, Bad, Dusche, WC, Föhn und Balkon ausgestattet. Auch mit seitlichen oder direkten Meerblick sowie Doppelzimmer als Einzelzimmer buchbar. **Sport:** unter anderem Tischtennis und Fitnessraum. **Essen & Trinken:** Halbpension - Frühstück & Abendessen. Gelegentlich Themenabende. Abends wird um angemessene Kleidung gebeten.

Unsere Leistungen:

- ✓ Charterflug mit Air Berlin, Condor oder vergleichbar ab / bis Hamburg oder Hannover inkl. 20 kg Freigeäck
- ✓ Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren
- ✓ Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- ✓ 7 Nächte im HOTEL PORTO RETHYMNO ★★★★★
- ✓ Halbpension
- ✓ Fakultative Ausflugsangebote z.B. Knossos, Höhle Sfedoni, Dorf Margarites, Bergdorf Anogia, Kloster Preveli, Plakias
- ✓ Die GdP-Seniorengruppen bieten Gespräche und Vorträge zu unterschiedlichen Themen an.
- ✓ GdP-Reisebegleitung durch die Seniorengruppen
- ✓ Insolvenzversicherung

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab

€ 667,-

Kategorie / Preise pro Person:

2A - Doppelz.	667,- €
2C - Doppelz. / Meerblick	682,- €
Einzelzimmer	769,- €

Verlängerungswoche:

2A - Doppelz.	331,- €
2C - Doppelz. / Meerblick	347,- €
Einzelzimmer	433,- €

Veranstalter:

Neckermann Reisen, Thomas-Cook-Platz 1, 61440 Oberursel

Mindestteilnehmer: 31 Personen



Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel

Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092

psw-reisen.kiel@t-online.de

www.psw-tours.de

Änderungen und Irrtum vorbehalten.

Frühbucher sparen bis zum 29.01.2010

Unterbringung in Doppelkabine pro Person ab

€ 1.149,-

Genießen Sie französische Lebensfreude. ★★★★★

Auf Rhône und Saône. PSW-Termin 10. bis 17. Juli 2010

aROSA
Lust und Schiff

Erleben Sie eine Reise mit „Savoir-vivre“! Bereits in Lyon können Sie mit französischen Leckerbissen Ihren Gaumen verwöhnen. Die weitere Reise führt Sie durch die Weinregion Côte d'Or, die zum Verweilen und Probieren der edlen Tropfen einlädt. Auf wunderschöne Aussichten können Sie sich im Burgund freuen – mit kulturellen Schätzen in den Städten Lyon, Mâcon oder Avignon. Lehnen Sie sich zurück und genießen Sie acht Tage lang das süße Nichtstun.

Fühlen Sie sich 8 Tage wie Gott in Frankreich – auf den hochmodernen A-ROSA Kreuzfahrtschiffen. In der 2-Bett-Außenkabine S, inkl. VollpensionPlus, pro Person bereits ab 1.149,- Euro.

Preise (weitere Kabinenkategorien auf Anfrage)

z. B. Kabinenkategorie	p. P. bei 1er-Belegung	p. P. bei 2er-Belegung
S - außen	1.609,-	1.149,-
A - außen	1.959,-	1.399,-
C - außen frz. Balkon	2.239,-	1.599,-

* Frühbucherrabatt von 150,- Euro bei Buchungen bis zum 29. Januar 2010 auf die genannten Preise

Inkludierte Leistungen

- ✓ Kreuzfahrt in der gebuchten Kabinenkategorie
- ✓ VollpensionPlus an Bord
- ✓ Trinkgelder
- ✓ Mineralwasser auf den Kabinen und zu den Hauptmahlzeiten
- ✓ Nutzung der meisten Bordeinrichtungen wie Sauna, Spa- und Fitness-Bereich
- ✓ Freie Teilnahme am Bordprogramm
- ✓ Hafengebühren
- ✓ eine halbtägige Stadtrundfahrt nach Wahl
- ✓ 20 % Ermäßigung auf SPA-Anwendungen
- ✓ PSW-Reisebegleitung

Auf Wunsch organisieren wir für Sie die An- und Abreise sowie Hotelübernachtungen in Lyon.

Veranstalter: A-ROSA Flussschiff GmbH, Rostock; Irrtum, Zwischenverkauf, Flug-, Hotel-, und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Mindestteilnehmer: 15 Personen

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Und was sonst noch so war ...

13. November

Im Posteingang heute ein anonymes Schreiben, das die Zustände auf der neuen Kooperativen Rettungsleitstelle in Harrislee beschreibt. Personalausstattung, Schichtstärken, ausfallende und nicht funktionsfähige Technik führen zu einem Desaster. Der Geschäftsführende Landesvorstand hatte bereits im Vorfeld wegen zuvor auch „ordentlich“ gemeldeter Vorfälle Kontakt zum Innenminister gesucht. Der ließ sich nicht lange bitten und stattet in Harrislee einen Besuch ab. Seine Entscheidung: Vier Mitarbeiter zusätzlich, die Herstellerfirma aus Österreich wurde heranbeordert, die anderen kooperativen Leitstellen sollen noch nicht „ans Netz“, solange die Harrisleer Leitstelle nicht vernünftig läuft. Der GLV beschließt: Auf den anonymen Brief wird nicht geantwortet. Der Landesvorsitzende und das zuständige GLV-Mitglied Kristin Stielow werden einen Besuch in Harrislee abstatten.

16. November

Am Vorabend des 29. Delegiertentages sitzen wir noch einmal gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Landesvorstand zusammen, um letzte Details zu besprechen. Am Ende der Sitzung verabschiedet Oliver Malchow Kurt Dohse (Foto), der nicht wieder neu kandidiert. Er erinnert an die besondere Arbeit von Dohse in Sachen Arbeitszeit (SP-X), die er mit Hartnäckigkeit und zielgerichtet betrieb. Aber auch sein besonderer Einsatz um das GdP-Sozialwerk wurde gewürdigt. Dohse arbeitete acht Jahre im Geschäftsführenden Landesvorstand mit. Mit dem Erreichen der Altersgrenze war für ihn auch gewerkschaftlich eine Zielmarke erreicht. Für eine erneute Kandidatur steht auch Marcel Tarte-mann nicht mehr zur Verfügung. An ihn geht ebenfalls ein Dank, verbunden mit guten Genesungswünschen.

18. November

Unsere Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern informieren uns über das Vorhaben der dortigen Landesregierung, Polizei und Landesregierung eine längere Lebensarbeitszeit zu verpassen. Auch der Strafvollzug ist davon betroffen. Es gibt gemeinsame Aktionen gegen das Vorhaben der SPD-CDU-geführten Landesregierung. Die anderen Beamten-gruppen sollen bis 67 arbeiten. „Wer

hilft mir in den Streifenwagen?“ fragen Demonstranten vor dem Schweriner Schloss.

19. November

War die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung früher pari-pari, so entwickelt sie sich heute immer mehr zu einer stärkeren Belastung für Arbeitnehmer. Der Bismarcksche Grundgedanke, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer Renten- und Krankenversicherungsbeiträge teilen, scheint Geschichte zu sein. Annemarie Buntenbach vom DGB-Vorstand: „Bereits heute zahlen die Versicherten einen Sonderbeitrag von fast einem Prozentpunkt. Dazu hätten die Versicherten allein die Praxisgebühr zu zahlen.“

1. Dezember

Matthias Paulke, Regionalgruppe Kiel-Plön, ist auf unseren Vorschlag hin von der Landesregierung zum ehrenamtlichen Richter am Sozialgericht in Kiel ernannt worden. Dieses Ehrenamt übt er für die Dauer von fünf Jahren aus.

2. Dezember

„Vorsicht Pfefferspray!“ Offensichtlich gibt es wirkungsloses Pfefferspray bei der Landespolizei Schleswig-Holstein. So wird es jedenfalls aus Flensburg gemeldet. Dort hatte man registriert, dass besprühte Personen keine Reaktion zeigten. Das Landespolizeiamt hatte mehrere Spraydosen eingezogen und zur chemischen Analyse abgegeben. Das Ergebnis soll zeitnah veröffentlicht werden. Auch wurde angeregt, „Altdosen“ einzusammeln.

7. Dezember

9.00 Uhr – Landespolizeiamt. Der Abteilungsleiter 2, Polizeidirektor Thomas Schettler, stellt den IT-Bereich der Landespolizei vor. Mit am Tisch sind als Gesprächspartner von Oliver Malchow, Andreas Kropius und mir die Dezernenten und Sachgebietsleiter. Die Komplexität



Foto: Thomas Gründemann

dieses Bereiches wird uns in diesem Gespräch richtig bewusst. Aber auch eines fällt auf, wenn auch nur als Randbemerkung gemeint: Spezialisten, die für diesen Bereich dringend gesucht werden, passen nicht in die Bezahlungsstruktur des Öffentlichen Dienstes. Sie orientieren sich an anderen Maßstäben. Die Landespolizei ist angesichts des Gehaltsangebotes offensichtlich nicht interessant genug.

8. Dezember

Fritz Hilbert mailt an die Geschäftsstelle. Ihm geht es darum, dass die im Auslandseinsatz tätigen Polizeibeamten weder vom Dienstherrn noch von Personalrat oder GdP vergessen werden. Er schlägt gerade zu Weihnachten die Kontaktaufnahme vor.

Wir sprechen im Geschäftsführenden Vorstand darüber und sind dem Kollegen Hilbert für diese Anregung dankbar. Die Anregung geben wir an die Regionalgruppen weiter.

9. Dezember

9.30 Uhr – DGB-Haus Hamburg. Ich treffe im Büro von Peter Deutschland, dem DGB-Vorsitzenden des Bezirks Nord, die Spitze der Gewerkschaft des Inselstaates Malta. In Malta gibt es keine Polizeigewerkschaft, sondern lediglich einen „social club“. In dem demokratischen EU-Staat tut man sich schwer, der Polizei einen Gewerkschaftsstatus zuzubilligen. Die Malteser suchen jetzt Hilfe im Ausland. Auch sprechen wir über eine „Seniorenakademie“. Die Malteser betreiben auf ihrer Insel Einrichtungen, die sie uns zur Mitnutzung anbieten.

